Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6 — Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend — Postscheckkonto Leipzig 28614

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsholung monatlich 4.50 Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich 5 Mk., auf dem Lande 5.25 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 15.75 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Insertionspreis 1 Mk. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Reklamen, die 2spaltige Korpuszeile 2.50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2gespaltene Korpuszeile 3 Mk. Nachweisungs-Gebühr 30 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 229. — **Freitag den 30. September 1921.** — **80. Jahrgang.**

Amtlicher Teil.

Der Plan über die **Auslegung eines Fernsprecherdkabels in Weistropp**, in der Gemeindestraße von Weistropp nach Hühndorf, liegt beim Postamte Dresden-N. 24 vom 5. Oktober ab 4 Wochen aus.

Dresden-N. 6, den 26. September 1921. **Telegraphenbauamt 2.**

Kleine Anzeigen haben im „Wilsdruffer Tageblatt", das einen weitverzweigten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Zwischen Deutschland und Österreich ist ein Abkommen zum Abschluß gelangt, das volle Freizügigkeit im Bezug der Hochschulen des deutschen Sprachgebiets zur Tatsache macht.

* Die Rheinzollgrenze soll am 1. Oktober endgültig aufgehoben werden.

* Der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtags nahm das in den Berliner Verhandlungen geschaffene Kompromiß zu den Verordnungen des Reichspräsidenten vom 29. und 30. August 1921 und den Ausnahmezustand in Bayern an.

* Der Münchener Polizeipräsident Pöhner ist nach dem Zustandekommen der Verständigung Bayerns mit dem Reich zurückgetreten.

* An der Berliner Börse wurde der Dollar Mittwoch mit 128 Mark im freien Verkehr bezahlt.

* Die Interalliierte Kontrollkommission berichtet nach London, daß die deutsche Entwaffnung vollendet und die Aufgabe der Kommission im wesentlichen erledigt ist.

* In Neustrelitz starb im Alter von 67 Jahren Engelbert Humperdinck, der Komponist der Oper „Hänsel und Gretel".

* Wegen der westungarischen Frage und wegen der Verzögerung der Erledigung der Gesetzentwürfe über die Anglo- und die Länderbank dürfte die Regierung Schober in Österreich zurücktreten.

Friede mit Bayern.

Was dem zurückgetretenen Ministerpräsidenten des zweitgrößten deutschen Einzelstaates, Herrn v. Kahr, nicht gelingen wollte, das ist seinem Nachfolger, dem Grafen Lerchenfeld, scheinbar spielend in den Schoß gefallen. Sowohl seine Verhandlungen in Berlin wie sein erstes Auftreten im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages haben rasch und mühelos zum Ziele geführt, und heute kann man sagen, daß, von einer, wie man hoffen darf, geringfügigen Unebenheit abgesehen, zwischen Berlin und München ein vollkommenes Einverständnis erzielt worden ist.

Wenn man es kurz fassen will, so haben die Bayern in der Personenfrage, die Reichsinstanzen dagegen in der Sache wesentliche Zugeständnisse gemacht. Herr v. Kahr hätte vielleicht auch seinen Namen unter das jetzt vereinbarte Kompromiß setzen können. Dann wäre aber die leidige Konfliktsstimmung nicht aus den Gemütern gewichen und vielleicht heute und morgen schon Grund zu neuen Beschwerden gegeben gewesen. Und die Reichsinstanzen wiederum wären Herrn v. Kahr vielleicht auch nicht soweit entgegengekommen, wie sie es dem Grafen Lerchenfeld gegenüber getan haben. So hat man sich hüben und drüben zu Opfern entschlossen, da nur noch mit ihrer Hilfe ein offener Reichskonflikt zu vermeiden war. Nach Herrn v. Kahr und Dr. Roth ist nun auch noch der Münchener Polizeidirektor v. Poehner vom Schauplatz abgetreten. Die Bahn ist also frei für die neue Politik, zu der sich die maßgebenden Leute in Bayern entschließen mußten.

Wie hat man nun den Weg zur Verständigung gefunden? Den ersten Schritt hat die Reichsregierung getan, indem sie sich zur Umänderung der Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten vom 29. und der Ausführungsbestimmungen vom 30. August bereiterklärte. Die prinzipielle Gegenleistung für Bayern besteht darin, daß auch die Verordnung über den bayerischen Ausnahmezustand außer Kraft gesetzt wird. Das sollte, nach den letzten Berliner Vereinbarungen, mit Wirkung vom 15. Oktober ergehen. Der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages hat statt dessen beschlossen, daß es dem pflichtmäßigen Ermessen der bayerischen Staatsregierung überlassen bleiben sollte, zu beurteilen, wann sie den angemessenen Zeitpunkt für gegeben erachte. Das ist die kleine Unebenheit, von der oben die Rede war. Es ist aber kaum anzunehmen, daß sie zu sachlichen Schwierigkeiten führen wird. Man wollte auf diese Weise nur die Verantwortung der bayerischen Staatsregierung für die Aufhebung des Ausnahmezustandes auch nach außen hin deutlich festnageln, um nicht die Auffassung aufkommen zu lassen, daß ihr ein solcher Entschluß von Berlin her aufgenötigt werde. Wenn keine Verschlechterung der allgemeinen Lage eintritt, dürfte Graf Lerchenfeld wohl in der Lage sein, bis zum 15. Oktober die Ausnahmeverordnung aufzuheben. Das um so eher, als zwischen Berlin und München ausdrücklich Übereinstimmung darüber festgestellt worden ist, daß die Landesregierungen nach Artikel 48 Absatz 4 der Reichsverfassung nach wie vor berechtigt sind, bei Gefahr im Verzuge auch weiterhin einstweilige Maßnahmen zu treffen, die über den Inhalt der neuen Verordnung des Reichspräsidenten hinausgehen, und die Reichsregierung hat ausdrücklich zugesagt, solchen Maßnahmen gegenüber, wenn sie notwendig werden sollten, eine lojale Haltung einzunehmen.

Die neu zu formulierende Verordnung des Reichspräsidenten soll nun in drei wesentlichen Punkten von der Verordnung vom 29. August abweichen. Einmal soll ihr Schutz, soweit Personen in Frage kommen, nicht nur wie bisher Vertretern der republikanisch-demokratischen Verfassung zugesagt werden, sondern ganz allgemein „Personen des öffentlichen Lebens". Zweitens wird die Zuständigkeitsfrage im Paragraphen 4 so geregelt, daß die Staatshoheit der Einzelländer unbedingt gewahrt bleibt. Zuständig für Verbote von Druckschriften und Versammlungen sind fortan die Landeszentralbehörden. Sie können allerdings vom Reichsminister des Innern um den Ausspruch eines Verbots oder einer Beschlagnahme ersucht werden. Wird einem solchen Ersuchen nicht Folge geleistet, so ist der Reichsminister des Innern davon innerhalb zweier Tage zu verständigen und gleichzeitig die Entscheidung des Reichsratsausschusses anzurufen. Dessen Entscheidung ist dann allerdings für die Landeszentralbehörden unbedingt maßgebend. Der dritte Punkt, in dem den bayerischen Wünschen Rechnung getragen wird, ist die Beschwerdefrage. Auch hier wird die Zuständigkeit der Landeszentralbehörden wirksam gewahrt.

Aufhebung der Rheinzollgrenze.

Ende dieser Woche.

An zuständigen Stellen nimmt man jetzt bestimmt an, daß nunmehr das Ende der wirtschaftlichen Sanktionen am Rhein, die so schwer auf dem Wirtschaftsleben der betroffenen Gebiete wie ganz Deutschlands lasteten, gekommen seien.

Die Radio-Agentur verbreitet aus Paris eine Meldung, wonach die Rheinzollgrenze in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend aufgehoben werden soll. „Echo de Paris" bemerkt dazu, daß lebhafte Verhandlungen darüber im Gange seien, um Frankreich vor der Aufhebung der Sanktionen die notwendigen Garantien zu verschaffen, die ihm der Oberste Rat versprochen habe. Diese Garantien schienen Tatsache zu sein.

Der französische Ministerpräsident hat Dienstag den deutschen Botschafter Dr. Meyer empfangen. Bei dem Empfang sollen die letzten Formalitäten erledigt worden sein. Aus Berlin verlautet, daß allerdings eine Kontrollkommission eingesetzt werde, doch soll auf die deutschen Einwände über die Tätigkeit der Kommission in bezug auf Handelsspionage usw. möglichst Rücksicht genommen werden.

Rathenau über die deutschen Zahlungen.

München, 28. September.

Der Reichsverband der deutschen Industrie trat heute in München zu einer Tagung zusammen, die durch die auf ihr behandelten Fragen besondere politische Bedeutung erhielt.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Sorge trat dafür ein, daß man den Versuch machen müsse, die im Ultimatum eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Industrie sei bereit, ihre ausländischen Kredite zugunsten des Reichs nutzbar zu machen unter der Voraussetzung, daß sich an ihrer Aktion die Landwirtschaft, die Bankwelt und der Handel beteiligen, und daß die Regierung ihrerseits alles tue, um das Risiko der Zerstörung des letzten Restes unserer Wirtschaft zu verringern, namentlich indem sie endlich Ordnung in den Etat bringe. Die endlich einmal durchgreifende Finanzreform müsse sich ebenso auf die Ausgabewirtschaft als auf die Vermehrung der Einnahmen, namentlich durch Nationalisierung der Staatsbetriebe, erstrecken.

Nach kurzen Begrüßungsworten des neuen bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld und des Münchener Bürgermeisters ergriff

Wiederaufbauminister Dr. Rathenau

das Wort. Er verteidigte sich gegen das Gerücht, daß er gesagt habe, wir könnten zahlen, wenn wir nur wollten, und wandte sich gleichzeitig gegen diejenigen, die grundsätzlich behaupten, wir können nicht zahlen. Er sagte u. a.: „Die Zahlungen einzustellen, ist unmöglich. Wir müssen zur Restitution der Welt beitragen. Den Punkt, bis zu dem das möglich ist, müssen wir erreichen. Die restlose Erfüllung des Ultimatums würde die Welt wirtschaftlich noch viel schärfer treffen als uns selbst. Die Weltwirtschaft wird das „Unmöglich" sprechen." Rathenau trat dann für eine internationale wirtschaftliche Verständigung ein und begrüßte den Gedanken eines Weltwirtschaftskongresses.

Der Ersatz von Geld- durch Sachleistungen

sei das Problem der Gegenwart, denn der neuerliche Sturz unserer Währung habe die Unmöglichkeit bewiesen, unsere Reparationsverpflichtungen lediglich durch Devisen abzulösen. Auch könnten die nach dem Ultimatum eingeführten deutschen Bons nicht in Umlauf gesetzt werden. Diese Art der Finanzierung der Weltschulden sei gescheitert. Man nehme die Bons nicht einmal mit 50. Der einzige Weg, der bleibe, ist der der verständigen Aussprache. Es steht eine noch-

nochmalige Besprechung mit den Franzosen

bevor. Es handle sich um Leistungen in Höhe von sieben Milliarden im Laufe von viereinhalb Jahren. Frankreich könne nicht sofort voll zahlen. Wir werden der Bankier unseres Gläubigers. Besser sei, daß wir Papiermilliarden in die eigene Wirtschaft stopfen, als daß wir den Dollar in die Höhe treiben."

Währungskonferenz in London.

Teilnahme Deutschlands an den Beratungen.

Die Vorbereitungen für die Abhaltung der geplanten internationalen Währungskonferenz in London Anfang Dezember nehmen guten Fortgang. Die Konferenz wird von bekannten englischen Finanzautoritäten in die Wege geleitet, um die ganze Währungsfrage zu prüfen und ein Programm für die Maßnahmen zu entwerfen, durch die die Währungen der verschiedenen Länder wieder hochgebracht und die Goldwährung wiederhergestellt werden soll. Die Chefs der einzelnen Länder sind zur Entsendung von Delegierten aufgefordert worden. Zustimmend haben sich bereits die Vereinigten Staaten, Frankreich, Deutschland, die Niederlande, Schweden und Dänemark geäußert. Die Konferenz wird zwar keinen amtlichen Charakter tragen, es sind aber an ihr die maßgebenden Finanzkreise sowohl wie mit den Regierungen eng in Verbindung stehende Kräfte beteiligt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Deutsch-dänische Verhandlungen.

Die deutsch-dänischen Verhandlungen, an denen die deutsche Delegation teilnimmt, und in denen seit Mitte Juni eine Pause eingetreten war, sind nunmehr in Kopenhagen wieder aufgenommen worden und dürften sich bei dem reichhaltigen Arbeitsstoff eine Zeitlang hinziehen.

Eine neue kommunistische Reichstagsfraktion.

Die bisherigen Angehörigen der „Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands", die Abgg. Levi, Malzahn, Reich, Düwell, Geyer jr., Marie Wackwitz, Ernst Däumig und Adolf Hoffmann, haben sich im Reichstage zu einer eigenen Gruppe, der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft, zusammengeschlossen. Diese Fraktionsbildung dürfte der Beginn zur Gründung einer neuen kommunistischen Partei sein, die sich von Moskau unabhängig halten will. Es sind also jetzt im Reichstage zwei kommunistische Fraktionen, die sog. Leviten, die Gegner Moskaus sind und, wie oben aufgezählt, acht Mandate innehaben, ferner die bisherige Fraktion, die ungefähr doppelt so viel Mitglieder hat und zur Moskauer Internationale hält. Die bisherige Fraktion setzt sich wieder zusammen aus der „Kommunistischen Partei Deutschlands" und der „Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands".

Gesetzentwurf zum Schutz der Republik.

Dem Reichstag ist durch die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten ein Gesetzentwurf zum Schutz der Republik zugegangen. Dieser Entwurf dürfte, wie nach der Beratung des Ältestenausschusses des Reichstages anzunehmen ist, am Freitag mit zur Debatte gestellt werden. Verlangt wird u. a. Einziehung des Vermögens der früheren Landesherren, Einschränkung monarchistischer Propaganda, Änderung des Strafgesetzbuches in bezug auf die Thronfolge usw., Sicherung gegen Sondergerichte und anderweite Regelung der Justizpflege.

Nordamerika.

× **Wilsons Widerstand gegen die Friedensverträge.** Der fast verschollene ehemalige Präsident macht plötzlich wieder von sich reden. Der Senat der Vereinigten Staaten ist im höchsten Grade bestürzt über den Bericht, daß Expräsident Wilson einen Appell an die Senatsmitglieder gerichtet hat, worin er alle aufrechten Anhänger des Völkerbundes auffordert, gegen die neuen Verträge mit Deutschland und Österreich Stellung zu nehmen. Wilson hat seinen demokratischen Freunden persönlich auseinandergesetzt, daß die neuen Verträge tatsächlich einen Separatfrieden mit Deutschland und ein Verlassen der Verbündeten seitens Amerika bedeuten.

SLUB Wir führen Wissen. — Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF

Vollendung der deutschen Entwaffnung.

Fast alles Material ausgeliefert und zerstört.

London, im September.

In maßgebenden britischen Kreisen sind nach halbamtlichen Veröffentlichungen Berichte eingegangen, nach denen die Interalliierte Kontrollkommission ihre Aufgabe der Entgegennahme zur Zerstörung der von Deutschland ausgelieferten Waffen so gut wie beendet hat. Die Kommission befaßt sich jetzt mit der Kontrolle der verschiedenen Polizeitruppen. Bis Mitte September seien nur noch 102 Geschütze zur Vernichtung übrig geblieben, nachdem 3280 Geschütze bereits zerstört worden seien. Es müsse noch 1 Million Tonnen geladener Granaten zerstört werden, 34 Millionen Tonnen seien bereits vernichtet worden. Es seien nur noch 186 Grabenmörser vorhanden, während 110 340 bereits zerstört worden seien, 2852 Maschinengewehre seien noch unversehrt, ausgeliefert und zerstört seien 4 160 000. An Munition für kleine Waffen seien zerstört 355 Millionen Patronen, 90 Millionen seien noch vorhanden. Das „Bureau Reuter" erklärt, die Kontrollkommission sei von den Fortschritten der Auslieferung und Zerstörung der deutschen Waffen vollkommen befriedigt. In amtlichen Kreisen werde gesagt, daß nicht die geringste Befürchtung wegen irgend einer Möglichkeit herrsche, daß Deutschland in der Lage sein könnte, ein Heer zu organisieren und auszurüsten, das groß genug wäre, um irgendeine Gefahr für die Alliierten zu bedeuten. Männer seien natürlich reichlich vorhanden, es fehle jedoch an allen nötigen Waffen und an Ausrüstung.

Nach diesen Eröffnungen wird es begreiflicher, warum die Franzosen neuerdings Noten nach Berlin senden, weil ihnen die Organisation der Schutzpolizei verdächtig erscheint. In Paris will man aber um jeden Preis die Fiktion aufrechterhalten, Deutschland sei noch gefährlich, um gegenstandslose und ungerechtfertigte Zwangsmaßregeln und Drangsalierungen aufrechterhalten zu können; auch wenn die Entwaffnung vollständig durchgeführt ist, wie die englischen Berichte zugeben müssen.

Die Epidemie der Valutaspekulation.

Die Mark noch weiter herabgedrückt.

Berlin, 28. September.

Nach einer kurzen Pause in den gestrigen Abendstunden ging heute die Arbeit der „Hyänen der Börse", wie ein hiesiges Blatt sich ausdrückt, weiter in der Entwertung der deutschen Mark. **Der Dollar, der gestern abend auf 121½ zurückgegangen war, wurde erneut in die Höhe getrieben, in den Mittagsstunden bot man für ihn im freien Verkehr 132 Mark,** später etwas weniger bis 125¼, dann endgültig etwa 128½ Mark.

Es wird jetzt allgemein zugegeben, daß die Zustände zum größten Teil durch die deutschen, besonders durch die Berliner Valutaspekulanten hervorgerufen werden. Offen wird in Spekulantenkreisen die Jagd nach den Devisen, den Zahlungsanweisungen aufs Ausland, damit erklärt, das Reich brauche ja demnächst Devisen — zur Abzahlung an die Entente. Sie müssen also weggekauft werden, damit das Reich sie später nur zu Wucherpreisen aufzubringen vermag. Leider beteiligen sich jetzt auch namhafte Industriekreise an den Käufen der Auslandswerte.

Die deutsche Spekulation soll auch bereits dazu übergegangen sein, die ausländischen Börsen, an denen seltsamerweise die Mark höher als in Berlin bewertet wird, betrügerisch zu beeinflussen. Nach Newyork gehen private Telegramme ab, die einen wesentlich höheren Dollarkurs in Berlin melden als die später eintreffenden amtlichen Depeschen. So wird der Newyorker Kurs in verbrecherischer Weise beeinflußt, um dann wieder auf Berlin zu drücken und das landesverräterische Treiben der „Hyänen" zu begünstigen. Es gibt auch Leute, die der Reichsbank Schuld an der verfahrenen Situation zuschreiben, die geradezu zu einer vernichtenden Katastrophe drängt. Jedenfalls muß die Frage wiederholt werden: **Was sagt die Regierung, was gedenkt sie zu tun?**

Deutscher Reichstag

(135. Sitzung.) CB. Berlin, 28. September.

Die heutige Sitzung brachte zunächst eine Beschwerde des Abg. Remmele (Komm.) wegen einer bei ihm vorgenommenen Haussuchung. Die Sache wurde dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen. Dasselbe geschah mit einem Antrag Barth (Kom.), der die Aufhebung des Strafvollzuges gegen den Abg. Wendelin Thomas verlangte. Hierauf folgte die Beratung des Entwurfes zur Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Abweichungen vom Biersteuergesetz. Gemeint ist damit die weitere Verwendung von Reis und Mais zur Biererzeugung. Abg. Jaud (Bayer. Volksp.) sprach gegen die Vorlage, indem er erklärte, daß diese Maßnahmen ein Betrug am Volke seien. Der Entwurf wurde darauf in den beiden ersten Lesungen gegen einige Stimmen der Bayerischen Volkspartei angenommen. Die sofortige Vornahme der 3. Lesung scheiterte am Einspruch des Abg. Jaud. Dann wurden einige kleinere Vorlagen erledigt und hierauf kam man zum zweiten Nachtragsetat für 1921, der die

Teuerungszulagen der Beamten

umfaßt. Abg. Steinkopf (Soz.) verlas eine Erklärung der sozialdemokratischen Partei, die sich gegen die automatische Erhöhung der Gehälter richtet, durch die eine fühlbare Linderung der Not nicht geschaffen werde. Es müsse eine Gliederung nach ländlichen und städtischen Beamten eintreten, und im übrigen müßten die weiblichen den männlichen Beamten gleichgestellt werden.

Abg. Petersen (Dem.) verlas eine ähnliche Erklärung seiner Partei, die namentlich eine Regelung der Ortsklassen forderte.

Abg. Frau Zietz (U. Soz.) äußerte sich ebenfalls ähnlich wie die beiden Vorredner.

Abg. Beuermann (D. Volksp.) erklärte, die Lebenshaltung der Beamten ist schon unter die des Proletariats gesunken. Wenn wir der Beamtenschaft nicht helfen, bricht sie zusammen.

Abg. Deglerk (Deutschn.) verlas eine Erklärung, der zufolge die Vorlage den Deutschnationalen in keiner Weise genüge und eine sofortige Neuregelung der Gehälter gefordert wird.

Abg. Dr. Hoefle (Zentr.) stimmte einstweilen dem Nachtrag zu, wünschte aber ebenfalls sofort endgültige Maßnahmen, um die Frage der Teuerungszulagen so zu regeln, daß unter allen Umständen eine Mindestgrenze nach unten festgesetzt werde. Nachdem noch der Abg. Bartz (Komm.) gesprochen hatte, der u. a. betonte, es müsse ein Ausgleich geschaffen werden zwischen den hohen Gehältern der oberen Beamten und den Gehältern der unter das Niveau des Proletariats gesunkenen Unterbeamten, wurde die Vorlage in allen drei Lesungen unverändert angenommen. Dagegen stimmten nur die Kommunisten.

Das Unglück von Oppau.

Nun kam man zu der von den Mehrheitssozialisten eingebrachten Interpellation, in der die Regierung aufgefordert wird, festzustellen, welche Umstände das Explosionsunglück in Oppau verschuldet haben, und was zur Verhütung derartiger Unfälle geschehen kann. Den Geschädigten soll aus öffentlichen Mitteln Hilfe geleistet werden. Ähnliche Anträge der Unabhängigen und Kommunisten wurden mit der Beratung dieser Interpellation verbunden.

Abg. Brey-Hannover (Soz.) begründete die Interpellation seiner Partei.

Reichsarbeitsminister Braun erklärte u. a.: Ich selbst habe mich nach Oppau begeben. Es ist aber bisher unmöglich gewesen, den Anlaß der Explosion aufzuklären, noch die Zahl der Toten genau festzustellen. Mit 400 Toten muß aber bestimmt gerechnet werden. Die Zahl der Verwundeten, die durch Glassplitter und Brandblasen gelitten, geht in die Hunderte. Explodiert ist Ammonium-Sulphat in einer Menge von 4500 Tonnen. Wie die Explosion geschehen ist, wird sich nicht feststellen lassen, da alle, die dabei anwesend waren, nicht mehr am Leben sind. Andere Sachverständige erklären, daß sie bisher keine Gefahr in der Lagerung dieses Salzes erblickt hätten, daß aber andererseits bei Anwendung von Sprengkapseln sich wohl eine Explosion des Salzes herbeiführen ließe. Die weitere Herstellung dieses Präparates ist sofort eingestellt worden. Es wird für einen anderen ungefährlichen Düngerersatz gesorgt werden. Die Untersuchung wird eingehend weitergeführt.

Nach kurzer Debatte wurde die Sitzung geschlossen.

Eine Pflicht der christlichen Kirche.

Bekämpfung des Versailler Vertrages.

In Stockholm tagt zurzeit die elfte Kirchenversammlung, bei der Vertreter verschiedener protestantischer Kirchen über allgemeine Ziele beraten. Auf dieser Tagung hielt Lord Parmoor, Mitglied des höchsten englischen Gerichtshofes und des kaiserlichen Geheimen Rates, einen ungemeines Aufsehen erregenden Vortrag über die Pflicht der Kirche in der gegenwärtigen Krisis.

Lord Parmoor forderte, daß die Autorität der gesamten christlichen Kirche sich gegen den Versailler Vertrag richten müsse. Ein Vertrag, der Frieden und Versöhnung herbeiführen soll, könne dieses Ziel nicht erreichen, wenn er gleichzeitig ein Verlangen nach Strafe und Rache befriedigen will.

Dieser Charakterisierung des Versailler Vertrages als eines Racheinstruments an Stelle eines Friedensvermittlers ist in Deutschland so oft und so überzeugend gegeben worden, daß man den Worten des hervorragenden Engländers nichts mehr hinzuzufügen braucht. Lord Parmoor trat weiter für eine durchgreifende Revision des Völkerbundsstatuts ein, die auf einer öffentlichen, von allen Nationen ohne Ausnahme unter gleichen Bedingungen beschickten Konferenz beraten werden müsse. Die wahrhafte Grundlage des Völkerbundes müssen allgemeine reiflich überlegte Zugeständnisse sein und nicht besondere als Folge des Krieges eingetretene Bedingungen.

*

Wirtschaftliche Gesundung und Weltfrieden.

Am 11. Oktober beginnt in London eine vom Rat zur Bekämpfung des Hungers und zum wirtschaftlichen Wiederaufbau, sowie von der Friedensgesellschaft veranstaltete Internationale Konferenz, auf der die Fragen der wirtschaftlichen Gesundung und des Weltfriedens erörtert werden sollen. Daran nehmen teil Delegierte aus England, Frankreich, Italien, Deutschland, Holland, Ungarn, Österreich, Schweden und Japan. In der Eröffnungssitzung wird Lord Parmoor, der sich in Stockholm so entschieden gegen den verhängnisvollen Versailler Frieden aussprach, den Vorsitz führen. Es ist auch eine Kundgebung in der Central Hall von Westminster zugunsten der Abrüstung vorgesehen.

Bismarcks Sturz.

Aus dem dritten Band der Erinnerungen.

Nach langwierigen gerichtlichen Auseinandersetzungen ist nunmehr endlich der dritte Band der Bismarckschen „Gedanken und Erinnerungen" erschienen. Obwohl seit dem Erscheinen der ersten beiden Bände über drei Jahrzehnte verflossen sind und die im dritten Teil behandelten Vorgänge eben so weit zurückliegen, findet das Buch dennoch ein ganz außergewöhnlich großes Interesse, weil in der Entlassung Bismarcks, die hier geschildert wird, die Wurzel der weiteren politischen Entwicklung liegt, die uns dann in gerader Linie in den Weltkrieg und seine Folgen hineinführte. Von den zwölf Kapiteln des im Vergleich zu Band I und II wenig umfangreichen Buches sind diejenigen, die unmittelbar die Vorgänge bei der Entlassung und die Person Wilhelms II. als Prinz und Kaiser betreffen, die wichtigsten, denn in dem persönlichen Verhältnis von

Kaiser und Kanzler

lag die Ursache des für Deutschland so verhängnisvollen Bruches zwischen beiden. Bismarck hatte als grundsätzlicher Gegner der Demokratie Zeit seines Lebens das Reich und den preußischen Staat in einem Sinne regiert, der ganz auf die Autorität der Krone eingestellt war. Er wünschte eine starke, ja allmächtige Persönlichkeit auf dem Throne. Die Tragik seines Schicksals liegt darin, daß er selbst das erste Opfer dieses Allmachtsbewußtseins wurde, das sich in dem jungen Kaiser in ganz anderer und verhängnisvollerer Weise geltend machte als bei seinen Vorgängern. Bismarck hat diese Gefahr früh erkannt, die darin lag, daß in Wilhelm II. ein Thronfolger heranwuchs, der auf Grund seiner persönlichen Befähigung und seiner falsch geleiteten Erziehung niemals in der Lage sein konnte, eine kluge und starke Regierung selbst zu führen, daß also bei dem jungen Kaiser zwar das Gefühl seiner Macht, nicht aber die Fähigkeiten zum rechten Gebrauch dieser Machtfülle hervortreten und zu schweren Konflikten führen mußten. Von den

Äußerungen Bismarcks über Wilhelm II.

sei u. a. hervorgehoben, daß der Kanzler in dem Kapitel „Prinz Wilhelm" darauf hinwies, wie er vergeblich versucht habe, „den Thronerben dem beschränkten Kreis des Potsdamer Regimentsdienstes zu entziehen" und „mit er-

---

41]

Das Tor des Lebens.

Roman von Anny Wothe.

„Traute, sagen Sie, Traute?! Also auch Sie haben nicht den Mut, mir die ganze, grauenvolle Wahrheit zu enthüllen? Wissen Sie nicht, daß diese Traute die Fränze ist, die Sibo verführt, die seinetwegen zur Diebin wurde und die er, um sich ihrer zu entledigen, in den Rhein stieß? Sie, Sie haben das alles gewußt und haben nicht ein Wort für mich, das mich aufgeklärt hätte? Ist es denn möglich, bin ich denn so ganz arm und verlassen, hat denn niemand Mitleid mit mir? Selbst Sie, der einzige Freund, haben mich verlassen!"

„Heinrike, ich bitte, ich flehe Sie an!" rief Rolf in ängstlicher Hast, gemartert von der Furcht, irgendein unberufener Lauscher könnte sie hören. „Glauben Sie mir doch, ich habe es ja auch erst erfahren, seitdem ich Sie zum letzten Mal gesehen. Ich konnte doch nicht zu Ihnen kommen und Sie gewissermaßen mit dem, was ich wußte, totschlagen. Wer aber hat Ihnen den Schleier von den Augen gerissen? Wer konnte so grausam sein?"

„Er selber, Sibo!" kam es schluchzend von Heinrikes Lippen. „Im Sektrausch hat er sich selber verraten. Was sagten Sie von der Fränze?" fragte sie dann, sich müde das Haar aus der Stirn streichend. „Sie will sterben? Ach, wer das könnte! Wie süß muß doch das Sterben sein!"

„Ihr Kind möchte die arme Fränze noch einmal sehen. Darf ich es mit mir nehmen?"

„Ihr Kind und sein Kind!" rang es sich bitter aus Heinrikes Mund, und dann sagte sie entschlossen: „Kommen Sie, Doktor, kommen Sie, ich gehe mit Ihnen, niemand wird mich hier vermissen, niemand!"

„Es ist Torheit, Heinrike. Sie werden sich krank machen. Tun Sie es nicht!"

„Ich weiß, was ich zu tun habe, Doktor! Schnell, schnell, ehe es zu spät ist!"

Mit fliegenden Schritten stürzte sie davon. Rolf Bandener konnte ihr kaum folgen.

Im Schlafzimmer der Kinder machte sie Halt. Die Bonne fuhr schlaftrunken aus süßen Träumen, als Heinrike sie anherrschte:

„Sofort kleiden Sie Irmele an! Sie muß fort!"

Die Kleine öffnete erschreckt die großen Blauaugen und sah von einem zum anderen, dann verzog sie weinerlich das Mündchen.

„Irmele will noch schlafen!" beharrte sie. „Irmele ist sehr müde!"

„Sei brav, Irmele," beschwichtigte der Doktor das Kind. „Komm mit mir, ich bringe Dich zu Traute!"

„Traute?!"

Das Kind jauchzte hell auf und streckte bittend die Aermchen aus. Willig ließ es sich ankleiden und in einen großen Mantel hüllen, in dem es Rolf auf den Arm nahm.

Heinrike aber hatte eine dunkle Hülle über ihr Märchenkleid geworfen. Die schwarze Kapuze des Mantels umschloß ein totenblasses Gesicht, als sie im Fortgehen zu der Bonne, die sprachlos dem Vorgang zusah, bemerkte:

„Wenn der gnädige Herr nach mir fragen sollte, so sagen Sie ihm, daß ich Irmele zu ihrer sterbenden Mutter gebracht habe!"

„Nicht doch, Frau Heinrike!" wehrte Rolf, aber sie sah ihn groß und ernst an.

„Er soll es wissen," sagte sie kalt. „Er soll es ganz bestimmt wissen!"

Dann traten sie hinaus in die sternenklare Winternacht. Vom Tanzsaal klangen ihnen Walzerhymnen nach, als sie über den knisternden Schnee den Rhein entlang schritten.

Mit bleichem Licht lag des Mondes Glanz auf Dächern und Giebeln, und über Schloß Drachenfels flirrten zitternde Lichter.

Rolf hatte die kleine Irmele fest im Arm, er konnte Heinrike keine Stütze sein, und er hatte auch das Gefühl, als müsse sie diesen schweren Weg allein gehen, den schwersten, den ein liebendes Weib gehen konnte.

Nun hatte all sein Schweigen nichts genützt. Umsonst hatte er sich in den letzten Tagen sein Hirn zermartert, wie er diesen Kelch an Heinrike vorübergehen lassen könne. Tausendmal hatte er sich vorgenommen, mit Sibo zu reden, ihm zu sagen, daß er alles wüßte, und ihn zu zwingen, sich zusammenzunehmen und ein anderes Leben zu beginnen. Aber immer wieder hatte Rolf seine Ohnmacht gefühlt, und immer wieder hatte er gefürchtet, daß ein einziges unbedachtes Wort Heinrike verraten könnte, was er ihr wohlmeinend verschweigen wollte.

Und nun hatte Sibo sich selber verraten. Sie ging nun hier in der Nacht an seiner Seite seinem Hause zu. Hätte er sie doch für immer darin festhalten können, aber in der hellerleuchteten Villa, die sie soeben verließ, da schlummerte ja ihr Kind, das führte sie, wie er voll Verzweiflung dachte, immer wieder zurück in das weiße Haus, in dem jetzt jauchzend die Geigen schwirrten und in dem man sie betrog und ihre Ehre mit Füßen trat.

Immer stiller wurde es in Heinrikes Seele, als sie so mit Rolf Bandener durch die Sternennacht schritt. Sie wankte nicht mehr, und ihr Atem wurde ruhiger.

„Wer doch so ewig mit ihm wandeln könnte!" dachte sie einen Augenblick mit müdem Lächeln. „Ewig so in ferne, unermessene Welten!"

Aus der weißen Schneenacht hob sich heller und heller ein gelber Schein. Licht schimmerte aus dem Sanatorium warm über die weißen Wege, und über dem spitzen Turm, da stand groß und glänzend ein blinkender Stern.

Wie der Weihnachtsstern leuchtete er mit heiligem Glanz in Heinrikes Herz. Wie der Stern über dem Jesuskindlein in seiner Krippe zu Betlehem stand er groß und leuchtend über dem stillen Hause der Barmherzigkeit.

Rolf Bandener sah in Heinrikes stilles, fast verklärtes Angesicht, über welches der Mond sein bleiches Licht ergoß.

Wie auf Goldgrund hob sich ihr Haupt ihm entgegen. Groß, feierlich und rein sahen ihre Augen ihm stumm ins Gesicht, dann wandten ihre Blicke sich, als hätten sie für immer voneinander Abschied genommen. Ihre Augen waren tränenlos, aber ihre Seele weinte. —

So schritt Heinrike im schimmernden Königskleid und doch so arm wie ein Bettelweib über seine Schwelle.

*

„Wie steht es mit der Kranken?" fragte Rolf, hastig seinen Mantel im Vorzimmer ablegend, Schwester Renate, während Irmele sich scheu an Heinrike schmiegte.

„Die Kräfte nehmen zusehends ab, Herr Doktor, die Kranke jammert nach dem Kind."

„Sie ist bei Bewußtsein?"

„Vollkommen, Herr Doktor!"

„Wollen Sie sich mit Irmele bereit halten, gnädige Frau," wandte sich Rolf Bandener an Heinrike. „Ich möchte die Kranke erst etwas vorbereiten. Halten Sie sich, bitte, in der Nähe der Tür, oder besser, treten Sie gleich mit ein, und bleiben Sie etwas im Hintergrunde."

Mit klopfendem Herzen, das Kind an der Hand, betrat Heinrike hinter dem Doktor das Krankenzimmer. Sie und Irmele standen ganz im Dunkeln, das Lager der Kranken aber war hell umstrahlt von brennenden Kerzen, die man angezündet hatte, um der armen Fränze die heilige Wegzehrung zu reichen.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF

weiterten Gesellschaftskreisen und verschiedenen Zentralbehörden in Verbindung zu bringen". Sein Zivilmentor sei noch zwei Monaten zurückgetreten, weil er „zu einer geschäftlichen Tätigkeit nicht gelangen konnte und sich mit dem müßigen Hofleben nicht habe befreunden können". Er weist zur Erklärung des Fehlschlagens seiner erzieherischen Anstrengungen auf einen Originalbrief des Vaters, des Kronprinzen Friedrich, hin, der am 28. September 1886 von der „mangelnden Reife und Unerfahrenheit, verbunden mit seinem Hang zur Überhebung und zur Überschätzung seines ältesten Sohnes" schrieb. Bismarck sagt: „Die Beschränktheit des Vorlebens habe ich tiefst beklagt."

Aus Briefen des Kaisers.

Einige für die Person Wilhelms II. außerordentlich charakteristische Briefe werden in Bismarcks Buch wörtlich wiedergegeben. Sie zeigen die phantastische und schwärmerische aber wenig beständige Denkweise des Prinzen und Kaisers.

Sechs Monate vor der Thronbesteigung schrieb er an Bismarck:

„Ew. Durchlaucht. Ich ließe mir stückweise ein Glied nach dem andern für Sie abhauen, eher, als ich etwas unternähme, was Ihnen Schwierigkeiten machen oder Unannehmlichkeiten bereiten würde . . . Möge es Ihnen beschieden sein, das Land in Ihrer gewohnten weisen Fürsorge fortzuleiten, sei es zum Frieden, sei es zum Kriege. Falls das letztere sich ereignen sollte, mögen Sie nicht vergessen, daß hier eine Hand und ein Schwert bereit sind von einem Manne, der wohl bewußt ist, daß Friedrich der Große sein Ahnherr ist und dreimal so viel allein bekämpfte, als wir jetzt gegen uns haben und der seine zehn Jahre militärischer Ausbildung nicht umsonst hart gearbeitet hat."

Daß sich beim jungen Kaiser diese Gesinnung gegen den alten Kanzler nicht gehalten hat, lag in erster Linie daran, daß Wilhelm II. im Beginn seiner Regierungszeit sofort ein persönliches Eingreifen in die Politik für richtig hielt, wobei er sich auf ganz anderen Bahnen bewegte, als sie Bismarcks Anschauungen entsprachen. Das gilt in der inneren Politik in erster Linie von der Stellung zur Sozialpolitik und zum Sozialistengesetz, in weiterem Sinne zum Reichstag überhaupt. Der Kaiser strebte nach Bismarcks Worten nach einem „populären Absolutismus". Bismarck wußte im voraus, daß daraus nur Enttäuschungen kommen konnten und erwog Pläne, wie man die von ihm sehr ernst eingeschätzte Gefahr einer revolutionären, aus dem Sozialismus entspringenden Bewegung unterdrücken könne. Durch diesen Gegensatz, der durch verschiedene kleinere Zwischenfälle verschärft wurde, gelangten Kaiser und Kanzler allmählich in eine gegenseitige Gereiztheit und Verstimmung, die den Bruch vorbereitete.

Der unmittelbare Anlaß zum Bruch

ist, wie der dritte Band klarlegt, zweifacher Art gewesen. Der Kaiser wollte Bismarck verbieten, parlamentarische Führer ohne Vorwissen des Monarchen zu empfangen, wogegen sich Bismarck mit Recht verwahrte und seinerseits vielmehr auf Grund einer alten Kabinettsorder den andern Ministern den Verkehr mit dem König ohne Zuziehung des Ministerpräsidenten, also Bismarcks selbst, verbot. Zu diesem innerpolitisch-staatsrechtlichen Konflikt kam ein außenpolitischer. Bismarck, der bekanntlich enge Freundschaft mit Rußland hielt, während damals gerade eine persönliche Verstimmung des Kaisers gegen den Zaren bestand, ließ dem Kaiser einige ungünstige Berichte aus Rußland nur teilweise übergeben, um seine russische Politik nicht zu stören. Das erregte den äußersten Zorn des Kaisers, der offenbar von einigen politischen Gegnern Bismarcks im auswärtigen Amt und im Generalstab, gegen die Bismarck im dritten Band sehr scharfe Worte findet, noch geschürt wurde. Der Kaiser forderte Bismarcks Abschiedsgesuch. Dieses meisterhafte Schriftstück, dessen Veröffentlichung damals vom Kaiser verboten wurde, liegt nun in den „Erinnerungen" im Wortlaut vor.

Der gestürzte Kanzler

hat über sein Schicksal den ganzen bitteren Groll eines genialen Menschen empfunden, der mit glühender Leidenschaft für seine Überzeugung eintrat. Er hat von Friedrichsruh aus den Gang der deutschen Politik unter Caprivi mit scharfer Kritik verfolgt, die sich auch im dritten Band wiederfindet. Derselbe Mann, der auf Grund seiner innersten Überzeugung in einer Kabinettssitzung vom Jahre 1887 ausgerufen hatte: „Ich freue mich, wenn ein König von Preußen selbst regieren will", sah nun, daß dieses Selbstregiment nicht nach den Grundsätzen seiner Erfahrung geführt wurde, und er fällt über den Kaiser das bittere Urteil: „Friedrich der Große hat sein Blut nicht fortgepflanzt!"

Bismarcks Sorgen und schlaflose Nächte in Friedrichsruh galten bis zum letzten Atemzuge dem Schicksal des Deutschen Reiches. Seine schlimmsten Befürchtungen sind vom Lauf der Weltgeschichte übertroffen worden. Der dritte Band seiner Erinnerungen gibt uns in erschütterndem Ernst die menschlichen und politischen Wurzeln zum Verständnis der größten Völkertragödie der neueren Zeit in die Hand.

Neueste Meldungen.

Verbotene „Heerschau schwarz-weiß-rot".

Berlin. Der Polizeipräsident von Berlin hat auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 die für den 2. Oktober im Sportpalast geplante „Heerschau schwarz-weiß-rot verboten. Die Veranstalter der geplanten Heerschau gehören den gleichen Kreisen an wie die Veranstalter des Frontkämpfertages im Stadion.

30 Prozent Eisenbahntariferhöhung beschlossen.

Berlin. Infolge der am 1. August erfolgten Erhöhung der Gehälter der Beamten und Arbeiter sowie der allgemeinen Steigerung aller Preise erwächst der Eisenbahnverwaltung ein Defizit von rund 7 Milliarden Mark. Es hat sich deshalb die Notwendigkeit ergeben, eine allgemeine Erhöhung der Tarife um 30 Prozent anzunehmen, welcher der Eisenbahnrat soeben zugestimmt hat. Die Güter- und Tiertarife werden am 1. November, die Expreßgut- und Personentarife am 1. Dezember d. J. erhöht.

Ein ungeteiltes Oberschlesien.

Berlin. Eine Anzahl oberschlesischer Verbände, darunter der Oberschlesische berg- und hüttenmännische Verein, der Landbund, der Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaftsring und der katholische Klerus, haben der deutschen Regierung umfangreiches Material übermitelt, in dem neuerdings die Unteilbarkeit Oberschlesiens dargelegt wird, und gebeten, dieses Material an den Völkerbund weiterzuleiten. Die deutsche Regierung wird das Material in den nächsten Tagen in einer Note den alliierten Regierungen und dem Völkerbund unterbreiten.

Industriekrise in den Vereinigten Staaten.

London. Aus Newyork wird gemeldet, daß sich in der industriellen Lage der Vereinigten Staaten die Krise mit großen Schritten nähere. Die nächsten Wochen müßten entscheiden, ob es zu einem furchtbaren Kampf kommen werde, darunter zum Streik der Eisenbahner. Beraleute und anderer Arbeiter

Eine russische Millionen-Banknote.

Warschau. In hiesigen Finanzkreisen wird allgemein ein Moskauer Beschluß der Sowjet-Regierung besprochen, nach dem neue Banknoten im Werte von je einer, von fünf und zehn Millionen Rubel ausgegeben werden sollen. Die Höhe der Banknotenausgabe ist unbegrenzt.

---

* **Berliner Produktenbörse.** Notierungen im freien Verkehr vom 28. September. Langstroh 19—22, Weizen- und Roggenpreßstroh 20—22, Haferpreßstroh 23—26, Maschinenstroh 18 bis 20, Häcksel 23—25, Wiesenheu 57—62, Feldheu 67—70, Kleeheu 85—89, Wicken 170—180, Peluschken 175—185, Viktoriaerbsen 295—320, Kl. Kocherbsen 220 bis 250, Futtererbsen 185—200, Serradella 140—160, Lupinen, blaue 170—195, gelbe 190—220, Trockenschnitzel 125—135, Torfmelasse 70-30 Okt.-Dez. 68—73, Raps 360—385, Leinsaat 315—340, Rapskuchen 245—260, Leinkuchen 210—216, Sesamkuchen 210. Weizenkleiemelasse 60-40 100—115, Kokoskuchen Sept.-Dez. 181—182, Baumwollsaatmehl 383—392 für 50 Kilogramm ab Verladestation.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes".

Briand kündigt die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen an.

Paris. Ministerpräsident Briand als Vorsitzender des Obersten Rates, hat dem deutschen Botschafter Dr. Mayer eine Note überreichen lassen, in der mitgeteilt wird, daß die wirtschaftlichen Sanktionen mit Wirkung vom 30. September aufgehoben werden.

Doch die Sforza-Linie?

Genf, 29. September. (tu.) Es verlautet, daß die Entscheidung des Völkerbundsrates in der oberschlesischen Frage sich nach einer Grenzlinie orientiert, die ungefähr der Sforza-Linie gleichkommt. Man versichert außerdem, daß der Rat bei seiner Entscheidung den Ansichten Rechnung getragen hat, die von den deutschen und polnischen Arbeiterorganisationen in Oberschlesien ausgedrückt worden sind, sowie der Internationale von Amsterdam, die, wie behauptet wird, dem Rat ein Memorandum übergeben haben soll.

Friedliche Lösung der westungarischen Frage.

Wien, 29. Sept. (tu.) Die westungarische Frage wird allgemein dahin aufgefaßt, daß eine friedliche Lösung erfolgen dürfte. Der tschechische Minister des Aeußeren, Dr. Benisch, wird nach Paris reisen, um den Obersten Rat und der Botschafterkonferenz eingehend über die Vermittlungsverhandlungen zu informieren.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir immer dankbar entgegen.

Wilsdruff, am 29. September.

☐ **Das verteuerte Rauchen.** Vom 1. Oktober ab wird die Banderolensteuer für Zigarren und Tabak die Hälfte der ursprünglich in Aussicht genommenen Steuersätze betragen, während bisher nur 35 Prozent der ursprünglich vorgesehenen Banderolensteuer erhoben wurden. Bei Zigaretten soll der seinerzeit vom Reichsfinanzministerium bewilligte Steuernachlaß, der seit dem 1. April dieses Jahres 30 Prozent betrug, jetzt ganz wegfallen, so daß also für diese „Rauchware" fortan die ursprünglich festgesetzten Banderolensteuersätze in voller Höhe zur Berechnung kommen werden. Es wird demzufolge, um ein Beispiel anzuführen, die Hälfte des Preises einer 50-Pfennig-Zigarette auf die steuerliche Belastung entfallen. Es wird damit gerechnet, daß sich der Zigarrenpreis nach dem 1. Oktober derartig verteuert, daß ein Aufrücken der einzelnen Zigarre zum mindesten in die nächste Banderolensteuerklasse unvermeidlich wird. Das würde bedeuten, daß z. B. eine Zigarre, die jetzt 1,50 Mark kostet, späterhin mit mindestens 1,80 Mark, vielleicht aber auch mit 2 Mark im Einzelhandel verkauft wird. In der Übergangszeit, die vielleicht zwei Monate währen dürfte, wird man in den redlichen Geschäften, die noch alte Vorräte haben (eine Nachversteuerung unterbleibt), wahrscheinlich Zigarren noch zu den bisherigen Preisen bekommen, dann aber dürfte das Preisniveau sowohl für Zigarren und Tabak als auch für Zigaretten durchweg eine empfindliche Erhöhung erfahren.

☐ **Die kommende Fahrpreiserhöhung.** Die für den 1. Dezember angekündigte Fahrpreiserhöhung wirft bereits ihre Schatten voraus. Das Mitteleuropäische Reisebureau hat die Geltungsdauer der von ihm ausgegebenen Fahrscheine beschränkt. Wenn die Scheine für einen der Tage vom 6. Oktober bis zum 30. November abgestempelt sind, so gelten sie nur bis zum 3. Dezember. Die Reise muß spätestens am 30. November angetreten werden. Fahrscheine, die mit dem 3., 4. und 5. Oktober abgestempelt werden, gelten bis zum 1., 2. oder 3. Dezember. Die Reise oder Rückreise muß aber ebenfalls spätestens am 30. November angetreten werden.

☐ **Haftung für Kleiderdiebstähle in der Schule.** Die Gemeinden haften für Diebstähle an Kleidungsstücken der Schulkinder. Diese Entscheidung eines Landgerichts ist jetzt von der zuständigen Berufungsinstanz bestätigt worden. In der Begründung wird ausgeführt, daß der zwischen den Parteien bestehende Vertrag, ein Schulvertrag, für die beklagte Gemeinde auch Verpflichtungen enthalte. Dazu gehöre die ordnungsmäßige Aufbewahrung der Überkleider der Schüler.

— **In den Lindenschlößchen-Lichtspielen** findet bekanntlich nächsten Sonnabend abends 8 Uhr eine Sonder-Kinovorstellung statt, deren Reinertrag — Herr Horn hat dankenswert auf jeden Gewinn verzichtet — der Milchpflege der Fechtschule zu gute kommen soll. Wie dringend die Fechtschule neue Mittel braucht, ist dieser Tage erst gesagt worden. Es wird erwartet, daß unsere Einwohnerschaft und die Kinofreunde in Grumbach durch recht zahlreichen Besuch die gute Sache unterstützen. Sie werden alle auf ihre Kosten kommen; denn es wird ein vorzügliches Programm geboten: „Luderchen auf der Pirsch", ein lustiges Jagdabenteuer mit tollen Einfällen einer jungen Dame, der der Schalk im Nacken sitzt, die in Herrenkleidung auf der Jagd den Rentier Schulze anschießt, als Wilddieb gefaßt wird und wieder ausreißt, Polizei und Vorsehung spielt usw. Bilder für alle, die wieder einmal herzlich lachen wollen. Ein besonderer Genuß für die Liebhaber von Dramen wird die Vorführung des größten und gewaltigsten Monumental-, Sensations- und Abenteurerfilms der Münchner Meisterwerke „Das Ende des Abenteurers Paolo de Gaspado" oder „Der Schwur der Zigeunerin" sein, einer der spannendsten Filme, die bisher geboten wurden. Aus dem Inhalt: Das Geheimnis des weißen Schlosses — Die Menschenfalle — Der Freiwildjäger — Blut gegen Blut — Der geheimnisvolle Mädchenräuber — Auge um Auge — Der große Schloßbrand — Gesühnt. Den Vorführungen schließt sich ein Tänzchen an.

— **Die Landespreisprüfungsstelle als Nachfolgerin des Landespreisamtes.** Das sächsische Landespreisamt und seine Berater, wird, wie schon mitgeteilt, vom 1. Oktober ab aufgehoben und die Abwicklung der noch laufenden Geschäfte dem Polizeipräsidium in Dresden übergeben. Die Geschäfte der bisherigen Abteilung 2 des Landespreisamtes übernimmt die Landespreisprüfungsstelle, die der Aufsicht des Wirtschaftsministeriums untersteht. Die Aufgaben der Landespreisprüfungsstelle ist, wie es in einer Verordnung des Wirtschaftsministeriums heißt, die Prüfung von Preisbeschwerden, sowie die Prüfung der Preisentwicklung aller Art.

— **Sachsens Anteil an den Holzhauslieferungen für Frankreich.** Die sächsische Landesauftragsstelle ist gegenwärtig mit der Abnahme der in Sachsen probeweise in Auftrag gegebenen für Frankreich bestimmten Holzhäuser beschäftigt. Es handelt sich um zwei Systeme, und zwar um das reine Holzhaus und um eine gemischte Bauart, zu der Holz und Steine verwendet werden. Die Probeaufträge sind sowohl an die sächsische Industrie, als auch an einschlägige Handwerkerverbände vergeben worden. Zur Abnahme der 10 an die sächsische Industrie und das sächsische Handwerk vergebenen Probelieferungen ist auch ein Vertreter des sächsischen Finanzministeriums hinzugezogen worden. Die Probehäuser werden nunmehr in Frankreich aufgestellt und von der Eignung der einzelnen Typen wird es abhängen, in welchem Maße dann an die sächsischen Lieferanten Aufträge geleitet werden können.

— **Die Bisamratten** sollen nach einer Meldung aus Böhmen am Aussterben sein. Aus der Jechnitzer Gegend wird berichtet, daß dort sämtliche Bisamratten verschwunden sind. Es herrschte eine Seuche unter den Tieren. Auch aus anderen Gegenden wird das Verschwinden der Bisamratte gemeldet. Das wäre sehr erfreulich.

— **Wieder ein Sport-Konzern geschlossen.** Die Generalvertretung Dresden des Berliner Sport-Verlags „Form und Klasse", Sundorf-Konzern, teilt mit, daß von Berlin die telephonische Nachricht eintraf, daß das Hauptbüro in Berlin polizeilich geschlossen worden sei. Die Auszahlung der hier fälligen Dividenden kann nicht mehr erfolgen, da Geld dazu nicht eingetroffen ist. — Der Direktor des Wettkonzerns „Atlantik", der frühere Stellmachergehilfe Weigel, wurde in seiner Wohnung in Kötzschenbroda-Oberort verhaftet und dem Amtsgericht Kötzschenbroda zugeführt. Den Verhafteten hatte die Polizei schon längere Zeit gesucht. Am Montag in den späten Abendstunden kam er im Automobil vor seiner Wohnung angefahren, wo bereits vorher eine Haussuchung stattgefunden und vorhandene Wertgegenstände beschlagnahmt worden waren. Bei seiner Verhaftung soll der „Herr Direktor" noch 20000 Mk. bei sich gehabt haben. Seinerzeit war er mit ca 2 Millionen Mark flüchtig geworden. — Weiter wird uns mitgeteilt: Die Anmeldung der Konkursforderungen im Klante-Konzern ist beim Obmann der Gläubiger-Schutzkommission in Dresden, Friedrich Adam in Odeon, Carusstraße bis 10. Oktober zu bewirken.

— **Zur Meuterei in der Strafanstalt Waldheim.** Von amtlicher Seite wird uns mitgeteilt: Die Angaben, die die Presse über die Meuterei im Waldheimer Zuchthaus gemacht hat, entsprechen zum Teil nicht den Tatsachen. Politische Beweggründe haben hier keine Rolle gespielt, politische Verbrecher waren daran überhaupt nicht beteiligt. Es handelt sich lediglich um einen Ausbruchversuch von Meuterern, die durch einige Rädelsführer verhetzt waren. Verletzt wurden bei diesem Vorfall nicht mehrere Züchtlinge, sondern nur einer, dieser befindet sich bereits wieder auf dem Wege der Besserung.

— **Dresden.** Das Deutsche Hygiene-Museum hat sich entschlossen, Anfang November d. J. in ihrer „Ausstellungshalle am Zwingerteich" die Ausstellung „Der Mensch" wieder zu eröffnen. Wenn auch der größte Teil der Schaustücke naturgemäß von der Hygiene-Ausstellung stammt, so ist diese Sammlung doch in jahrelanger, emsiger Arbeit ergänzt und mit den neuesten Forschungsergebnissen in Einklang gebracht worden, sodaß sich auch dem, der 1911 zu den ständigen Gästen der „Populären Halle" zählte, gar manches Neue bieten wird. Jedem Besucher aber wird die Erkenntnis kommen, was für ein wundervolles Kunstwerk der Mensch doch ist und in wie unverantwortlicher Weise oft gegen den Körper gesündigt wird. Wenn durch diese wiedererstandene Ausstellung die Aufklärung der Massen auf dem Gebiete der Gesundheitspflege mehr als bisher in die Tiefe dringt, so ist der Zweck, den der geniale Schöpfer der Welt-Ausstellung von 1911 und des Deutschen Hygiene-Museums, der leider viel zu früh verstorbene Wirkliche Geheime Rat Dr. med. h. c. K. A. Lingner im Auge hatte, voll erreicht.

— **Dresden.** Das Schlößchen Antons am Dresdner Elbufer, jedem Besucher der Vogelwiese bekannt, ist nunmehr in den Besitz der Stadt Dresden übergegangen. Die bisherige Besitzerin, die Baronin Kaskel, die Witwe des bekannten Dresdner Bankiers, hat das schlichte und doch so romantische Landhaus verlassen, nachdem sie noch bis vor kurzem die Sommerszeit dort verbracht hatte. Die Frage, was aus dem Schlößchen mit seinem düsteren Garten werden soll, ist noch nicht geklärt. Der Vorschlag, ein städtisches Licht- und Luftbad daraus zu machen, wird, wie es scheint, bei den Stadtverordneten auf keine große Gegenliebe stoßen. Zu Wohnzwecken ist das Haus ebenfalls nicht zu verwenden, weil es fast in jedem Frühjahr überschwemmt wird.

— **Schwarzenberg.** Eine Liste der Wahlsäumigen wird zur Zeit in Schwarzenberg aufgestellt. Der Stadtrat hat beschlossen, Listen öffentlich auszulegen, in denen die wahlberechtigten Einwohner eingetragen werden, die ihrer Wahlpflicht nicht entsprochen haben.

— **Bühlau.** Tödlich verunglückt ist am Montag früh eine bei einem hiesigen Gutsbesitzer beschäftigte Dienstmagd. Beim Einfahren von Kartoffeln kam die Unglückliche in dem Augenblick, als sie an einer abschüssigen Stelle das Gefährt bremsen wollte, infolge eines Versehens jedoch die Bremse falsch bediente, derart zu Fall, daß die Räder über sie weggingen und der vollbeladene Kartoffelwagen schließlich auf

SLUB
Wir führen Wissen.
Heimatmuseum
der Stadt Wilsdruff
WILSDRUFF

dem Leibe des Opfers zu stehen kam. Der Tod trat auf der Stelle ein. Die Verunglückte stammt aus Stolpen.

— **Kamenz.** Eine historische Gaststätte hiesiger Stadt, unser Ratskeller, hat am Sonntag den Betrieb für immer geschlossen In den bisherigen Schankräumen soll künftighin die städtische Spar- und Girokasse Unterkunft finden. Der Kamenzer Ratskeller hat nachweislich schon um 1400 bestanden.

— **Bad Berggießhübel.** Das 2 Jahre alte Söhnchen des Fabrikarbeiters W. im Stadtteil Zwiesel ist beim Spielen im Garten anscheinend von einer Kreuzotter in die Hand gebissen worden und an den Folgen des Bisses gestorben.

— **Frankenberg.** Infolge der am 1. Oktober in Kraft tretenden Erhöhung der Zigarren-Banderolen-Steuer werden hier zirka 200 Tabakarbeiter ganz und 1000 bis 1500 teilweise arbeitslos. — „Weitschauende Steuerpolitiker", wenn mehr für die Unterstützung ausgegeben werden muß, als die Steuer einbringt!

Engelbert Humperdinck gestorben.

Der Komponist von „Hänsel und Gretel".

Neustrelitz, 28. September. Engelbert Humperdinck ist hier, 67 Jahre alt an den Folgen eines Schlaganfalles gestorben.

Mit Engelbert Humperdinck ist einer der liebenswertesten und volkstümlichsten deutschen Komponisten der „Nach-Wagner-Zeit" aus dem Leben geschieden. Sein Name war untrennbar verknüpft mit der Märchenoper „Hänsel und Gretel", die 1894 in Weimar zur ersten Aufführung gelangte und dann ihren Weg durch die ganze Welt machte. Die Dichtung stammte aus der Feder seiner Schwester Adelheid Wette, die das hübsche Volksmärchen sehr geschickt zu einem Operntext umgearbeitet hatte. Seinen großen Erfolg verdankte das Märchenspiel in erster Linie der äußerst glücklichen Einflechtung altbekannter Kinder- und Volkslieder. Strenge Kritiker machten dem Komponisten den Vorwurf, daß sich mit dem naiven Charakter des Werkes die Wagnersche Behandlung des Orchesters und der Rezitation nicht recht vertrage, und daß die Oper einen einheitlichen Stil vermissen lasse. Dieser „Stilmangel" machte sich noch stärker bemerkbar in dem zweiten Märchenspiel „Die sieben Geislein" (1897) und in dem Melodrama „Die Königskinder" (1898), denen überdies die nicht zum zweitenmal in gleichem Maße verfügbare sieghafte Hilfe volkstümlicher Elemente abgeht. Aber, wenn auch in diesen und in den später erschienenen Werken, so in der komischen Oper „Heirat wider Willen", in der Begleitmusik zu Vollmöllers „Mirakel", in den Opern „Die Marketenderin" und „Gandeamus" ein merkliches Nachlassen der musikalischen Schöpferkraft unverkennbar ist, so wird Engelbert Humperdincks Ruhm doch sicher nicht so rasch verblassen wie der so vieler anderer Wagner-Nachfahren, die heute mit großem Geschrei die Opernbühne beherrschen.

Humperdinck, der am 1. September 1854 in Siegburg am Rhein geboren war, erhielt seine Ausbildung an den Konservatorien zu Köln und München, hatte das Glück, nacheinander in den Konkurrenzen um das Mozart-, Mendelssohn- und Meyerbeer-Stipendium zu siegen und wurde nach Ablauf längerer Studienreisen zuerst Lehrer am Konservatorium in Barcelona und dann Lehrer der Instrumentation am Hochschen Konservatorium in Frankfurt a. M. Er gehörte zum Freundeskreise Richard Wagners, dem er auch in den Bayreuther Festspielen zur Seite stand. Seine herzlichen Beziehungen zum Haus „Wahnfried" erlitten niemals auch nur die geringste Trübung; er war bis in die letzte Zeit hinein sozusagen „musikalischer Beirat" Siegfried Wagners, des Sohnes des Komponisten der „Nibelungen". 1900 wurde Humperdinck als Vorsteher einer akademischen Musikschule und als Mitglied der Akademie der Künste nach Berlin berufen. Den verflossenen Sommer über hatte er sich in Bayern aufgehalten. Von dort war er vor kurzem nach Neustrelitz gekommen, um seinen am dortigen Landestheater als Opernregisseur tätigen Sohn zu besuchen. Vor einigen Tagen erlitt der greise Meister, der bereits im Jahre 1912 anläßlich einer Reise nach England von einem schweren Schlaganfall betroffen worden war, einen neuen Schlaganfall, dem er jetzt erlegen ist.

Vereine und Veranstaltungen.

— **Pionier-Stammtisch von Wilsdruff und Umg. in Limbach.** Uns wird geschrieben: Am letzten Sonnabend waren die alten Wasserratten auf dem Saale des Gasthofs in Limbach wiedermal beieinander, um ihren 3 Stammtischabend abzuhalten. Leider waren nun wenige Kameraden mit ihren lieben Damen erschienen, sodaß die Hauptwasserratte grollend nur eine Teilnehmerzahl von 10 in ihrem Notizbüchlein vermerken konnte. Das ist tief und abermals tief bedauerlich, wenn man bedenkt, daß, als der Stammtisch im Wonnemonat Mai d. J. nach dem Pioniertage in Meißen gegründet wurde, er sich als oberstes Ziel kurz folgendes steckte: Immer vollzähliges Erscheinen zu den Stammtischabenden, dabei keine Klassen- und Standesunterschiede, dafür aber ein Sichverstehen und Insichaufgehen in dem so kurzen Leben. So zeigte auch dieser Abend so recht den Menschen in seiner ganzen Fassung, indem er wohl immer das Wollen hat, aber selten das Vollbringen der Tat findet. Die Hauptwasserratte gibt aber den Menschen noch nicht ganz auf. Sie spricht zwar allen Pionieren, die am Sonnabend ihrem Rufe nicht Folge geleistet haben, ihr starkes Befremden aus; sie hofft aber auch gleichzeitig, daß es mit diesem ersten ernsten Hinweis genug ist, und daß in Zukunft für stets und immer ihr einziger Wunsch in Erfüllung geht, ihre Mitwasserratten an den Stammtischabenden vollzählig um sich zu haben. Der Abend verlief infolge der geringen Teilnehmerzahl anfangs etwas eintönig. Als sich aber später noch liebe Limbächer unter die Wasserratten gesellten, hob das die Stimmung, und alles wurde noch ganz lustig und fröhlich. Der berühmte Klavierkünstler Richter aus Wilsdruff spielte zum Tanze auf, und sich fest in den Armen habend, schwebten die Pärchen auf der Tanzfläche dahin. Ab und zu sah sich die Hauptwasserratte veranlaßt, Worte der Begrüßung u. a. m. an die Versammelten zu richten. Es war bereits in später Mitternacht, als alles sich zu einem Kaffee- und Kuchenschmaus zusammengesetzt hatte, inmitten der freundliche Wirt mit seiner netten Frau, die alles aufgeboten hatten, um den Wasserratten den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen, sodaß es nicht etwa „Träber", sondern ganz Vorzügliches zu essen, wie auch zu trinken gab. Träbers Küche und Keller sind jedermann bestens zu empfehlen. Die Nacht verging immer mehr; ungern trennte man sich schließlich.

Für das kommende Vierteljahr

muß die Bestellung des „Wilsdruffer Tageblatts" bei der Post sofort erneuert werden, wenn keine Unterbrechung in der Zustellung eintreten soll. Jeder Postbote und jede Postanstalt nehmen Bestellungen entgegen.

Dienstag abend verschied im Landkrankenhaus Meißen meine liebe Frau und Mutter

Frau Selma Auguste Philipp

geb. Opitz

im 55. Lebensjahre.

Dies zeigen schmerzerfüllt an 5903

Röhrsdorf, am 28. September 1921

Karl Philipp, Ludwig Opitz.

Ueberführung erfolgt nach Fördergersdorf. Begräbnis 3 Uhr.

Zugedachte Blumenspenden wolle man bitte bis Freitag abend im Trauerhause abgeben.

Ganz plötzlich und unerwartet verschied heute morgen 7 Uhr kurz vor seinem 81. Geburtstage mein lieber Gatte, unser guter Vater, Schwieger-, Groß- und Urgroßvater, Veteran von 1866, 1870/71

Herr Friedrich Ernst Knöbel.

Grumbach, am 28. September 1921.

Die trauernde Witwe und Kinder.

Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 3 Uhr vom Trauerhause aus statt. 5902

Transporte jeder Art

nach allen Orten

werden mit Lastkraftwagen prompt ausgeführt.

Gebrüder Winkler, Zauckerode.

Telefonisch zu erreichen unter Wilsdruffer Brikettwerke, Amt Wilsdruff Nr. 555. 5911

Halt!

Wo kauft man billig u. gut?

Bei Fritzsche in Dresden-Löbtau,

Grumbacher Straße 20 pt. (ab Burgstraße)

(Kein Laden) 5906

Feldgraue Hosen und Zoppen, Samtsporthosen, gestreifte und Stoffhosen, Schlosseranzüge, Lederhosen, Kinderanzüge in Stoff und Samt, Anzüge, Ulster, Winterjoppen usw.

Lindenschlößchen-Lichtspiele.

Sonnabend den 1. Oktober abends 8 Uhr

Grosse Wohltätigkeits-Sonder-Vorstellung

mit vorzügl. gewähltem Programm.

„Luderchen auf der Pirsch", ein köstl. Lustspiel.

„Das Ende des Abenteurers Paolo de Gaspado".

Ein spannendes Drama aus dem Zigeunerleben.

Hierauf Feiner Ball. 5905

Um zahlreichen Besuch bittet Die Fechtschule.

Oswald Mensch Nachf.

Inh.: Emil Mensch

Rossschlächterei, Pferdegeschäft u. Speisewirtschaft

Potschappel, Turnerstrasse 10 1752

Fernsprecher Amt Deuben 735

Bei Unglücksfällen mit Transportwagen sofort zur Stelle.

Anakreon

Freitag den 30. September

nach Sora.

7 Uhr Adler. 5909

Turnverein Grumbach.

Sonnabend den 1. Oktober abends 8 Uhr 5910

Monatsversammlung

im Gasthof.

am 30. September 8 Uhr

Versammlung.

5900 D. V.

Trauring verloren,

gez. G. H. 25. 10. 1904. Gegen Belohnung abzugeben i. d. Geschäftsst. d. Bl.

Speise-kartoffeln,

sortiert und unsortiert, kauft jedes Quantum

Louis Kühne,

Hofemühle. 5870

Jungen Arbeiter

sucht 5912

Fa. Theodor Porsch.

Gesucht 1. od. 15. Okt. zu 4 Erwachsenen, solides zuverlässiges

Hausmädchen

in gute Stelle, Lohn n. Uebereinkunft. 5907

Schulze, Dresden,

Comeniusstr. 43. II

Zeitungsträger

für

Niedergrumbach

für sofort gesucht.

Wilsdruffer Tageblatt.

Besigheimer Kokoskuchen,

das beste Kraftfuttermittel für Milchkühe sind in vorzüglicher Qualität eingetroffen.

Gleichzeitig halte ich reichhaltig Lager an:

Kalkstickstoff 18%

Ammoniak-Superphosphat 8|9%

Superphosphat 18%

Thomas-Phosphat-Mehl 17%

Kali-Salz 22%, Kali-Salz 32%

In den nächsten Tagen eintreffend:

Schwefelsaures Ammoniak, Knochenmehl.

Bestellungen erbittet:

Max Gast, Bahnh. Altendorf-Röhrsd.

Fernruf 485. 5907

Für Flechten-Kranke!

Knoten-, Ring-, Eiter- und Bartflechte, auch veraltete Leiden, heile ich unter Garantie, mit meinem vielbewährten **Flechtenheil** in 8–14 Tagen. Zahlreiche Dankschreiben. Eine Flasche genügt. Preis 25 Mark. 5784

F. Müller, Heilkundiger, **Bremen,**

Große Krummenstr. 23. Sprechstunden: 9–10 und 3–4 Uhr.

Kurt Siering, Potschappel

Tharandter Strasse Nr. 25

Rossschlächterei, Speisewirtschaft u. Pferdegeschäft

Fernsprecher Amt Deuben Nr. 2151 5903

Bei Unglücksfällen mit Transportwagen sofort zur Stelle

An das Postamt, hier

Post-Bestellschein

Herr .....

Fr. .....

bestellt hiermit

Stück	Benennung der Zeitung	Bezugszeit	Betrag Mk.	
1	Wilsdruffer Tageblatt	*) 3 Monate *) 2 Monate *) 1 Monat	17.25 11.50 5.75	Einschl. Zutragegebühr

*) Nichtgewünschtes durchstreichen

Quittung

Obige ..... Mk. ..... Pfg. sind heute richtig bezahlt.

..... 1921

Post-Annahme.